

eine der größten außerparlamentarischen Massenaktionen um politische Forderungen seit Bestehen der Bundesrepublik überhaupt entwickelt.

3. Im Kampf gegen die Notstandsgesetze bildet sich die Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeiter. Es entwickelt sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz. Die Aktionen der Friedenskräfte haben durch die Praxis solche zählbaren Meinungen widerlegt wie „Was können die kleinen Leute schon tun? Es hat ja doch keinen Zweck, die Bonner Regierung macht ja doch, w^{as} sie will“. Buchstäblich wenige Tage nur, nachdem Genosse Walter Ulbricht in seiner Erklärung vor der Volkskammer am 5. Mai von der Macht der „kleinen Leute“ in Westdeutschland gesprochen hatte, hat diese Macht der „kleinen Leute“ in der großen Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze Gestalt angenommen. Sie beginnt, das politische Kräfteverhältnis in Westdeutschland zu beeinflussen. Die Tatsache, daß im Kampf gegen das Notstandskomplot der Erhard-Regierung die westdeutschen Friedenskräfte ihre bisherige Zersplitterung überwinden und sich zusammenschließen, zeigt die realen Möglichkeiten und Perspektiven der Herausbildung einer antimonopolistischen, antiimperialistischen Front aller friedliebenden und demokratischen Kräfte der westdeutschen Bevölkerung.

4. Die Entscheidungen des SPD-Parteirates zeigen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre imstande sind, gegen den Widerstand solcher rechten Führer wie Wehner und Erler der Politik des Friedens und der Demokratie Einfluß zu verschaffen. Im Gezeter der Führer der CDU/CSU, man könne sich auf die SPD nicht verlassen, widerspiegelt sich ihre bittere Erkenntnis, daß eben nicht — wie sie wähnten — Erler und Wehner die westdeutsche Arbeiterklasse repräsentieren.

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze wird deutlich, welche große Bedeutung den Gewerkschaften als Zentren des Kampfes für Frieden und Demokratie in Westdeutschland zukommt. Dank ihrem Auftreten wird die Arbeiterklasse zur führenden Kraft, um die sich im Kampf alle friedliebenden Menschen gegen die Kriegspläne des westdeutschen Monopolkapitals sammeln können.

Der Arbeiterjugendkongreß

Der VII. Deutsche Arbeiterjugendkongreß, der Pfingsten in Magdeburg stattfand, w^{ar} eine bedeutsame Demonstration für die Einheit

der deutschen Arbeiterjugend. Mit großem Ernst und mit jugendlichem Elan berieten die Vertreter der Arbeiterjugend beider deutscher Staaten und Westberlins, wie der gemeinsame Kampf zur Sicherung des Friedens, gegen die Bonner Atomkriegspolitik, für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Westdeutschland, gegen die drohende Notstandsdictatur, für die Überwindung der Herrschaft der Monopole und Militaristen geführt werden muß.

Die große nationale Bedeutung des Kongresses wurde durch die Teilnahme einer Delegation des Zentralkomitees unter Leitung des Ersten Sekretärs, Genossen Walter Ulbricht, unterstrichen.

Der Arbeiterjugendkongreß veranschaulichte plastisch das Neue, w^{as} sich gegenwärtig in der westdeutschen Arbeiterklasse vollzieht. Die Drohung der Notstandsgesetze hat breite Kreise der Jugend gegen das Bonner Regime in Bewegung gebracht. Die westdeutsche Arbeiterjugend beginnt zum ersten Male, ihre berechtigten demokratischen Forderungen nach Frieden, Demokratie und Vertretung der Arbeiterinteressen klassenmäßig zu begründen. Die westdeutschen Sprecher auf dem Kongreß nahmen vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu den Problemen Stellung. Das ist das Neue und Bedeutsame.

Der Kongreß bestärkte die westdeutschen Delegierten in der Erkenntnis, daß die Zukunft der Arbeiterjugend von den politischen Machtverhältnissen abhängig ist. Genosse Walter Ulbricht beantwortete ihre Fragen über die Bonner Politik und deren Klassenwurzeln.

Von ihrem Kongreß in Magdeburg richteten die Teilnehmer einen Ruf an die deutsche Arbeiterjugend, in dem sie alle jungen Deutschen, die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die Regierungen beider deutscher Staaten auffordern, sie im Kampf um eine echte Deutschlandinitiative des Friedens zu unterstützen.

Auf dem VII. Deutschen Arbeiterjugendkongreß hat Genosse Ulbricht auch zu den Bundestagswahlen Stellung genommen. Er empfahl den „kleinen Leuten“, das heißt also allen Gegnern der Atomrüstung und der Notstandsgesetze, in den Wahlversammlungen die Bundestagskandidaten zu verpflichten, sich in ihrem Wahlprogramm klar für den Verzicht auf jegliche atomare Rüstung, auf alle Notstandsgesetze, für die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Arbeiterjugend in der Leitung der Wirtschaft auszusprechen. Nur Kandidaten, die dazu bereit sind, können von den friedliebenden Bürgern gewählt werden.